

Bürgermeister Dr. Storch führt zur Vorlage der Verwaltung aus, dass die Ermittlung der Kosten an der Offenen Ganztagschule (OGS) innerhalb der Verwaltung richtigerweise nach den NKF-Richtlinien erfolgte. Konsequenterweise wurden sowohl die direkten als auch die indirekten Kosten, die mit dem Betrieb des Offenen Ganztags OGS verknüpft sind, in der Jahresrechnung der Gemeinde Eitorf erfasst. Bezüglich der Anrechnung von Kosten des OGS-Betriebs wurde zwischenzeitlich auf informeller Ebene eine Umfrage bei anderen Kreiskommunen durchgeführt. Hierbei ergab sich eine unterschiedliche Handhabung in verschiedenen Kommunen bei den zugerechneten Kosten des Betriebs der OGS. Die Verwaltung nimmt dies zu Anlass, auf der Ebene der Kämmerer im Kreisgebiet die Angelegenheit zu thematisieren. Bürgermeister Dr. Storch informiert ferner darüber, dass zudem in der Verwaltung Modellrechnungen mit moderaten Beitragserhöhungen durchgeführt wurden. Hierbei ergaben sich jedoch keine nennenswerten Einnahmeerhöhungen. Auch eine Änderung der Einkommensgrenzen führe zu keiner signifikanten Einnahmeerhöhung. Eine Verbesserung der Kostendeckung könne vor allem durch eine Erhöhung der Anzahl der teilnehmenden Kinder am OBS-Betrieb und auf der Personalseite bewirkt werden. Nach Meinung von Vorsitzendem Langer dürfe eine Umlegung von Vollkosten nach besonderen Verfahrensschlüsseln auf die einzelnen Kostenstellen nicht unbedingt zu einer Gebührenerhöhung führen. Die Fraktion der GRÜNEN lehne eine Erhöhung der Gebühren ab. Frau Zorlu teilt mit, dass auch die SPD-Fraktion einer Gebührenerhöhung nicht zustimmen wird. Im Hinblick auf das Schreiben der Schulleitung seien u.a. die hohen Hausmeisterkosten auffallend, obwohl der Hausmeister ihres Wissens nach in den Nachmittagsstunden, in denen der OGS-Betrieb überwiegend stattfindet, eigentlich gar nicht anwesend sei. Bürgermeister Dr. Storch erläutert hierzu, dass der Hausmeister durchaus in den Nachmittagsstunden an der Grundschule tätig ist. Er gibt auch zu bedenken, dass in den Aufwendungen von über insgesamt 61.000 € auch Kosten des Gebäudemanagements enthalten sind. Die aufgelisteten Kosten umfassen neben den Hausmeisterkosten u.a. auch Planungskosten, Kosten für Bautätigkeiten, im Umlageverfahren ermittelte Kosten, bis hin zu Reinigungskosten. Die betreffenden Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung haben durch das Notieren von Arbeitsstunden ihre Tätigkeit für die OGS dokumentiert. Problematisch bleibe allerdings, nach welchem Umlageverfahren die jeweiligen Kosten einem Kostenträger zugeordnet werden. Herr Lindner befürwortet die Stellungnahme von Schulleiterin Resch. Die jeweilige Zuordnung von Kosten sei vor allem eine betriebswirtschaftliche Angelegenheit. Die FDP-Fraktion sei anhand von Rechenmodellen zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Erhöhung der Teilnahmegebühren nicht den gewünschten Erfolg hat. Auch die FDP-Fraktion lehne eine Gebührenerhöhung ab. Die Qualität der OGS dürfe nicht unter Sparmaßnahmen leiden. Der derzeitige Standard müsse auch weiterhin gewährleistet bleiben, so dass auch in Zukunft die Eltern, die ihre Kinder an der OGS anmelden, die Gewissheit haben können, dass ihre Kinder gut betreut werden. Wenn allerdings die Einnahmen nicht erhöht werden und der Betreuungsstandard beibehalten werden soll, müssten kreative Maßnahmen in der Organisation der Ganztagsbetreuung ergriffen werden. Man könnte zum Beispiel auf geeignete Kräfte, die von der Arbeitsverwaltung gefördert werden, zurückgreifen. Zudem solle verwaltungsseitig die Art der Kostenermittlung noch einmal überdacht werden. Herr Reisbitzen teilt mit, dass auch die CDU-Fraktion eine Gebührenerhöhung ablehnt. Unter Berücksichtigung sozialer Aspekte solle gewährleistet werden, dass Kinder aller Bevölkerungsschichten und Einkommensgruppen an der OGS teilnehmen können. Zudem sei die CDU-Fraktion der Auffassung, dass die Kostenermittlung geändert und in Abstimmung mit der Schulleitung detailliert aufgestellt werden solle. Frau Schützeichel merkt zur Stellungnahme der Schulleitung an, dass ihres Wissens eine spezielle Unterstützung am laufenden Nachmittagsbetrieb seitens des Hausmeisters nicht stattfindet. Die vorhandenen Spielgeräte würden überwiegend morgens von allen Kindern der Grundschule genutzt. Außerdem erfolge

eine Nutzung der Spielgeräte in den Nachmittagsstunden durch die OGS-Kinder nur für kurze Zeiträume. Zudem müsse eine Reinigung des Schulgebäudes, unabhängig von der Frage der Nutzung durch die OGS am Nachmittag, ohnehin erfolgen. Frau Schützeichel hält daher eine neue Kostenaufstellung, die für alle nachvollziehbar ist, für notwendig. Frau Labisch bemängelt ebenfalls, dass Kosten abgerechnet werden, die mit dem regulären Schulbetrieb verknüpft wären. Daher lehnt auch sie eine Gebührenerhöhung für die UWG ab. Bürgermeister Dr. Storch weist in der Diskussion darauf hin, dass im Schulgebäude der GGS Eitorf spezielle Räumlichkeiten für den Betrieb der Offenen Ganztagschule errichtet wurden. So wären die hierfür anfallenden Reinigungskosten daher auch unmittelbar der OGS zuzurechnen. Auf Grund des Beratungsverlaufs schlägt er vor, über die Alternative I des Beschlussvorschlages abzustimmen. Frau Schützeichel schlägt nachfolgend vor, die laufenden Kosten des OGS-Betriebes aus dem Solidarpakt II zu finanzieren. Bürgermeister Dr. Storch steht dem Vorschlag ablehnend gegenüber, weil die Mittel aus dem Konjunkturprogramm lediglich für Investitionen, jedoch nicht zur Deckung laufender Kosten vorgesehen sind. Zudem seien die KP II-Mittel längst verplant und die entsprechenden Aufträge erteilt. Die Nutzung von Mitteln nach dem KP II sei vom Gesetzgeber durch Richtlinien und Verordnungen sehr strikt reglementiert und werde sehr genau vom Bundesrechnungshof überwacht. Verstöße hiergegen führten zu einer Rückzahlungsverpflichtung der bewilligten Mittel. Herr Lindner merkt an, dass die in der Vorlage dargelegten Ergebnisrechnungen aus dem Jahre 2008 stammen. Hierzu führt Bürgermeister Dr. Storch aus, dass bislang noch kein Rechnungsergebnis für 2009 ermittelt werden konnte, weil bis April diesen Jahres zunächst einmal der aktuelle Haushalt zu bearbeiten war. Anschließend könne erst mit den Vorbereitungen für den Jahresabschluss 2009 begonnen werden. Frau Pietsch legt dar, dass Schulleiterin Frau Resch von einem erneuten Anstieg der an der OGS teilnehmenden Kinder ausgehe, wie dies bereits in den vergangenen Jahren der Fall war. Die steigende Teilnehmerzahl werde zu steigenden Einnahmen und somit letztendlich zu einem höheren Kostendeckungsgrad führen. Herr Reisbitzen befürwortet das Aufgreifen von Möglichkeiten zur Kostenreduzierung. Eine Kostensenkung sei u.a. durch den Einsatz von kostengünstigen Dritten (z.B. Sportvereine) für außerschulische Angebote möglich. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob der Einsatz Dritter rechtlich und versicherungstechnisch geregelt ist. Amtsleiter Keuenhof verweist auf entsprechende Landeserlasse. Hiernach soll die OGS u.a. auch mit Vereinen zusammenarbeiten. Die versicherungsrechtliche Seite sei geregelt. Im Verhältnis zu festangestellten Kräften sind Angebote von Dritten für die außerschulische Betreuung kostengünstiger, weil z.B. keine Lohnnebenkosten anfallen. Allerdings sei es in der Gemeinde Eitorf zunehmend schwieriger, kompetente Partner zu finden, die zu den ungünstigen Zeiten außerschulische Angebote durchführen. Die Verwaltung werde in Abstimmung mit der Schulleitung versuchen, den Kostendeckungsgrad des OGS-Betriebs anzuheben, wobei der bisherige gute Standard der OGS-Arbeit möglichst beibehalten werden soll. Vorsitzender Langer stellt schließlich den Beschlussvorschlag der Verwaltung, 1. Alternative, zur Abstimmung, ergänzt um den Zusatz in Satz 2 „in Abstimmung mit der Schulleitung“.